

Thailand am Scheideweg - Demokratie oder Autoritarismus?

Referatsausarbeitung
vorgelegt von Daniela Pehle

Seminar "Die Asienkrise in Thailand"
Dozent: Herr Dr. Hans-Bernd Zöllner
Sommersemester 2005 – 04.07.2005

1. Einleitung des Referates

In dem vorliegenden Referat geht es um die Frage, wie sich die gegenwärtige Politik durch Thaksins Regierung auf die Zukunft Thailands auswirken wird. Die Autoren Aurel Croissant und Daniel J. Pojar Jr. nahmen in ihrem Text "Quo Vadis Thailand? Thai Politics after the 2005 Parliamentary Election" zu dieser Frage Stellung. Die Zukunftsanalysen zielen auf die Bereiche Ein-Parteien-Regierung nach den Wahlen 2005, schwache Opposition, Thaksins Wirtschaftspolitik sowie die Auseinandersetzung der Regierung mit den Unruhen im Süden. Die Ansichten der Autoren sollen hier kurz dargestellt und zusammengefasst werden.

Im zweiten Teil des Referats soll die gegenwärtige Situation des von Thaksin eingeführten 30-Baht-Programms vorgestellt werden, das als eines der aktuellen Themen in der englischsprachigen thailändischen Presse vermehrt zu Diskussionen und Kritik geführt hat.

1.1 Gegenwärtige Ein-Parteien-Regierung vs. früheren Koalitionsregierungen

In der Geschichte Thailands gab es vor 2001 noch nie ein Parlament und eine Regierung, die von der Bevölkerung mit einer Mehrheit gewählt wurde. Vielmehr mussten sich verschiedene Parteien zu einer Koalition bilden, um im Land regieren zu können. Diese Form der Regierung hatte für Thailand erhebliche Probleme zur Folge, die bis zum Ausbruch der Asienkrise führten. Probleme anderer Art waren der immer wieder aufkommende Wettbewerb und Machtkämpfe innerhalb der kleinen Parteien, die eine Koalition bildeten, über den Zugang und die Verwendung von öffentlichen Haushaltsgeldern. Dadurch wurde die Korruption gestärkt und politische Reformen blockiert, was wiederum zu einer ineffizienten Wirtschaftspolitik führte.

In den Wahlen vom Februar 2005 erhielt Thaksin 377 von 500 Stimmen im Parlament. Damit kann er mit seiner Thai Rak Thai Partei (TRT) wiederholt regieren, ohne in einer Koalition eingebunden sein zu müssen. Dies, so die beiden Autoren, ließe auf eine starke Regierung schließen, die gute Möglichkeiten hat, eine effiziente Politik durchführen zu können. Dadurch, dass Thaksin nach den Wahlen 2001 einige kleine Parteien "aufgekauft" und in seine TRT eingebunden hat, bestehe nun die Gefahr, dass es zu Machtkämpfen innerhalb der großen Partei kommen könne. Vorerst hat Thaksin diese Gefahr gebannt, indem er die verschiedenen Regierungsressorts auf die verschiedenen Gruppierungen innerhalb seiner Partei verteilt hat, ohne die Mitglieder seiner ursprünglichen Partei zu benachteiligen. Fraglich bleibe allerdings, ob diese Vorsichtsmaßnahme auch in Zukunft Bestand haben wird, besonders dann, wenn es um die Durchsetzung kritischer Regierungsziele gehen könne, wie etwa die Verhandlungen um die Eindämmung

der Anschläge in den südlichen Provinzen Thailands sowie Thaksins Art der Wirtschaftspolitik ("Thaksinomics").

1.2 Die Demokratieerhaltung durch Opposition

Von den 500 Sitzen im Parlament fielen auf die Opposition nach den Wahlen 2005 genau 123 Sitze. Um einen Premierminister oder einen Minister das Vertrauen abzusprechen, braucht die Opposition in Thailand 200 bzw. 100 Stimmen. Für andere Vetorechte benötigt die Opposition 150 Stimmen. Hierbei wird deutlich, dass die Opposition nicht über genügend Stimmen verfügt, um im Ernstfall der Regierung Thaksins entgegenzutreten zu können.

Gefährlich sei diese Situation für den Demokratieprozess in Thailand, der erst durch die Verfassung und mehrere Gesetze im Jahre 1997 wieder ein Stück vorangekommen ist. Diese Demokratiebewegung stehe nun in Frage, da eine Mehrheitspartei geführt von Thaksin die Gesetze nach und nach abschaffen könnte, ohne formell die Verfassung gebrochen zu haben. Bei der Betrachtung der vergangenen Regierungsperiode durch Thaksin falle ebenfalls auf, dass er gesellschaftliche und politische Akteure in Bezug auf politische Entscheidungen ausgeschlossen habe und alle verfassungsrechtlichen und legislativen Vorteile sich und seiner Freunde übergab, um seine Macht zu festigen. Daher, so die Autoren, sei die Erhaltung der Demokratie in Thailand gefährdet.

1.3 Wirtschaftspolitik im Sinne von "Thaksinomics"

Auch im Bereich Wirtschaftspolitik geben die Autoren eine eher negative Prognose. Zukünftig würde die Frage geklärt werden müssen, ob sich Thaksins eigene Wirtschaftspolitik mit dem tatsächlichen Wachstumsmodell in Thailand vereinbaren lasse. Bereits jetzt sind durch den Aufruf der Regierung zu mehr Konsum die Schulden der privaten Haushalte wieder angestiegen. Ebenfalls verschiedene und daher wenig verlässliche Daten und Statistiken bringen Thaksins Entwicklungsprojekte wie etwa der Village Fond oder das 30-Baht-Gesundheitsprogramm hervor. Darüber hinaus wird von den Autoren Thaksins Verständnis von Wirtschaft und Politik kritisch bewertet, z. B. wenn die Beziehungen zwischen Burma und Thailand untersucht werden sollen, wobei sich herausstellt, dass Thaksin eigene wirtschaftliche Interessen über politische Interessen stellt, indem er seine Geschäfte im Kommunikationssektor auf Burma ausweitet, was allein der Ausweitung seiner wirtschaftlichen Macht und seines Reichtums zugute kommt. Auch die verschiedenen Dammprojekte im ganzen Land scheinen dies zu bestätigen, denn sie dienen insbesondere großen Unternehmen, während die betroffene Bevölkerung mehr oder weniger mit Entschädigungszahlungen versorgt wird, die Umwelt erhebliche Schäden davonträgt und die Dämme letztlich keine 100 %ige Leistung bringen können.

Auf Grund des trügerischen Einverständnis von Wirtschaft und Politik innerhalb des Regierungsstils könne es zu Korruptionsfällen und zur Verschwendung von Steuergeldern kommen, die einen wirtschaftlichen Abschwung und Stimmenverlust für Thaksins Partei zur Folge hätten.

1.4 Die Unruhen im Süden und evtl. Folgen

Bei der Betrachtung der Wahlergebnisse fällt auf, dass Thailand politisch gespalten ist. Während Nord-, Zentral- und Nordostthailand mehrstimmig für die TRT gestimmt haben, fielen die meisten Stimmen in Südthailand auf die Demokratische Partei, was einerseits darauf zurückzuführen ist, dass der Süden Hochburg der Demokratischen Partei ist. Andererseits zeigt dieses Ergebnis auch, dass die Bevölkerung im Süden sich mit der Politik Thaksins, insbesondere ihrer Region betreffend, nicht einverstanden fühlt.

Umgekehrt verweist das Ergebnis darauf, dass die Mehrheit der thailändischen Bevölkerung mit Thaksins Vorgehensweise im Süden einverstanden ist und wenig kritisch ist. Lediglich einige kritische Intellektuelle in Thailand äußern sich über Thaksins Regierungsmethoden und fordern langzeitliche Projekte und weniger militärisches Vorgehen im Süden. Diese Intellektuellen scheinen sich jedoch in der Minderheit zu befinden und werden vom Großteil der Bevölkerung nicht gehört bzw. dieser Teil der Bevölkerung hat durch eine geringere Bildung keinen Zugang zu den Informationen, die in den allgemeinen thailändisch-sprachigen Medien wenig verbreitet werden, da auch hier Thaksin mit einer Einschränkung der Pressefreiheit eingegriffen hat.

Seit einigen Monaten gibt es vermehrt Anschläge im Süden, die auch auf einen Flughafen, einen Supermarkt, ein Hotel, mehrere Schulen, Lehrer und buddhistische Mönche verübt werden. Bisher wird ausgeschlossen, dass es sich um einen organisierten Terrorismus z. B. durch Jemaah Islamiyah oder Al Qaeda handelt. Beobachter in Thailand gehen noch weiterhin davon aus, dass es sich um Separatisten in den Regionen handele.

Als Vorteil der Regierung Thaksins wird von den Autoren angesehen, dass Thaksin nun zum zweiten Mal die Wahl gewonnen hat und damit über eine stabile Regierung verfüge. Er könne somit zu einer Vormachtstellung in der südostasiatischen Region gelangen, da in vielen anderen Ländern dieser Region die Regierungen eher instabiler seien. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten könnten sich somit verbessern, insbesondere, wenn Thaksin Bereitschaft zum Kampf gegen den Terrorismus zeige.

Andererseits signalisierte Thaksin während einer ASEAN-Konferenz, dass die Probleme im Süden allein in Thailand bestünden und sie daher auch von Thailändern gelöst werden müssten, d. h. er verbat sich die Intervention anderer Länder in seine Regierungsangelegenheiten, obwohl die Hilfe Malaysias evtl. zur Ergreifung der Täter führen könnte. Aber seit Thaksins Regierungsantritt 2001 seien die Beziehungen zu Malaysia so schlecht wie nie zuvor.

In den letzten vier Jahren seiner Amtszeit konnte Thaksin den Terror nicht eindämmen, sondern die Anschläge haben deutlich zugenommen. Darüber hinaus fehlen den eingesetzten Armeen konkrete Pläne und Organisationsstrukturen und das Verständnis um eine moslemischen Kultur, um im Süden effektiv vorgehen zu können.

Sollte Thaksin während dieser Legislaturperiode nicht in der Lage sein, den Terror einzudämmen, bestehe die Gefahr, dass der Terrorismus auch außerhalb der drei gefährdeten Provinzen und damit in der ganzen Region Südostasiens ausbräche, von islamistischen Organisationen getragen werden könne und die regionale Sicherheit gefährden könne.

Des weiteren bestehe ein zunehmender Konflikt zwischen Militär und Thaksin, der hohe Militärposten für Partei- oder Familienmitglieder vorsieht, die die Einsätze im Süden koordinieren sollen, während frühere Militärs von der Koordination ausgeschlossen sind. Mit diesem Problem in Thailand befinden sich auch die Vereinigten Staaten in einem Problem: Würde die USA einerseits Thaksin unterstützen, unterstütze sie Thaksins Anspruch auf Macht und damit den Verlust der Demokratie in Thailand sowie die

Nichtbeachtung der Forderung des Südens auf demokratische Weise die Gebiete als Autoritätsgebiete zuzulassen.

Wenn die USA andererseits direkter in die Bekämpfung des Terrorismus im Süden eingreife, würde sich die Krise im Süden verschlechtern und der Terrorismus könnte in der ganzen Region Südostasiens aufflammen.

Sollte Thailand dieses Problem nicht bald lösen können, könnte es bald auf der "schwarzen Liste" der Vereinigten Staaten stehen und zur Achse des Bösen gehören.

2. Das 30-Baht-Programm

Seit dem Jahre 2001 wurde das 30-Baht-Programm im Gesundheitssektor flächendeckend für ganz Thailand eingeführt. Das bedeutet, dass sich jeder Thai, der unter einer bestimmten festgesetzten Armutsgrenze liegt, für jeweils 30 Baht pro Arztbesuch untersuchen und operieren lassen kann. Krankheiten wie AIDS oder Nierenversagen werden von diesem Programm nicht getragen. Die zusätzlichen Defizite bei den Krankenhausbudgets sollen durch staatliche Gelder gedeckt werden.

In der Vergangenheit sowie gegenwärtig wurden die Gelder von staatlicher Seite nicht ausreichend an die Krankenhäuser gezahlt. Viele Krankenhäuser sind daher verschuldet oder stehen vor dem Bankrott. Sie können Rechnungen der Pharmafirmen nicht bezahlen und werden von denen nicht mehr beliefert. Besonders ältere Menschen benötigen vermehrt Medikamente, die durch die Zahlung von 30 Baht die Gesamtkosten nicht decken können.

Ein generelles Problem in der Gesundheitsversorgung Thailands besteht weiterhin in der unzureichenden Infrastruktur, da viele Dörfer zu weit von öffentlichen Krankenhäusern, die eine stationäre Aufnahme bieten könnten, entfernt liegen.

Darüber hinaus mangelt es an Personal in den öffentlichen Krankenhäusern, v. a. an gut ausgebildeten Ärzten, die nach dem Studium bzw. absolvierter Pflichtarbeitszeit an öffentlichen Krankenhäusern zu den Privatkrankenhäusern wechseln oder privat Kliniken betreiben, wo sie eine bessere Vergütung ihrer Arbeit und angenehmere Arbeitsbedingungen erhalten.

Thaksins Regierung sieht dennoch vor, das 30-Baht-Programm ab August 2005 zu erweitern. Darunter werden dann alle Schulkinder der 1. Grundschulklasse fallen, die eine Zahnbehandlung für 30 Baht erhalten können. Weiterhin sollen Brustkrebsvorsorgeuntersuchungen für Frauen ab 35 Jahre sowie Vorsorgeuntersuchungen und medizinische Therapien für Bus-, Taxi- und Tuk Tuk Fahrer angeboten werden, da besonders die letztere Gruppe für die Sicherheit der Passagiere eine hohe Verantwortung zu tragen hätte, die sie nur tragen können, wenn ihre Gesundheit stabil ist.

Literaturverzeichnis

Croissant, Aurel und Pojar Jr., Daniel "Quo Vadis Thailand? Thai Politics after the 2005 Parliamentary Election", Center for Contemporary Conflict, 2005

Treerutkuarkul, Apiradee, "Communities raise cash for hospital - Hope to drive home funds crisis message", Bangkok Post, 03. April 2005

Phanayanggoor, Preeyanat, "New Services on offer under B30 scheme", Bangkok Post, 07. Juni 2005

Marukatat, Saritdet, "Too many doctors leaving for private practice", Bangkok Post, 28. Juni 2005

